

Antrag Nr. 18-O-01-0003

DIE LINKE

Betreff:

Wohnungspolitische Maßnahmen für die Wiesbadener Innenstadt

Antragstext:

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Der Ortsbeirat Mitte spricht sich dafür aus, dass in der Wiesbadener Innenstadt, z.B. Bergkirchenviertel keine Verdrängung der Mieterschaft durch die Erhöhung der Mietpreise stattfindet, die die Stadt Wiesbaden über ihre Wohnungsbaugesellschaften zu verantworten hat.

Der Magistrat möge berichten, was er zu tun gedenkt, um die bisherigen Mietpreisbindungen zu erhalten, um die Wohngebiete in ihrem jetzigen Charakter zu erhalten und die Mieterinnen und Mieter vor starken Mietsteigerungen zu schützen, die in der Tendenz einen immer größeren Teil der Haushaltseinkommen in Anspruch nähmen und daher drohen, die bisherige Wohnbevölkerung zu verdrängen.

Begründung:

Von den insgesamt 1190 mietpreisgebundenen Wohnungen Bergkirchenviertels befinden sich 735 im Besitz der GWW, 120 der GWH und 58 der GSW. Nach Auskunft des Dezernats für Umwelt und Soziales fallen 275 von den 1190 mietpreisgebundenen Wohnungen im BKV bis 2021 aus der Mietpreisbindung.

Dies betrifft 163 bei privaten und 112 bei gemeinnützigen Eigentümern.

Von der Möglichkeit der Verlängerung der Bindungsfristen hat die größte Eigentümerin von 735 Wohnungen im BKV, die GWW, bisher keinen Gebrauch gemacht.

Bei Neuvermietungen und bei ausgelaufenen Mietpreisbindungen sollen die Mieten zum Mittelwert des Mietspiegels - einem der höchsten in Deutschland - erhöht werden. Es ist daher trotz Mietpreisbremse mit bis zu 15% Mietsteigerungen zu rechnen. Bei Neuvermietungen privater Eigentümer von auslaufenden Sozialwohnungen sind sogar Mieten 10% über dem Mietspiegel möglich.

Nach weiteren Informationen aus blickpunkt.stadtforschung ist für „einen Teil des Bestands“ der Wohnungsgesellschaften „für die mittlere und fernere Zukunft auch mit Privatisierungen zu rechnen, evtl. auch mit der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen ...“

Wiesbaden, 17.01.2018